

# Gegenwind auch in den eigenen Reihen

Forstgenossenschaft Bakede fragt Stimmungsbild zur Asche-Deponie ab – eine Mehrheit ist dagegen

**Bakede (Jhr).** Kein einheitliches Bild, aber zumindest eine Mehrheit, die die Pläne der Einlagerung von Filterasche aus Kraftwerken im Steinbruch Hamelspringe ablehnt – mit dieser Erkenntnis geht der Vorstand der Forstgenossenschaft Bakede aus der außerordentlichen Mitgliederversammlung. Einberufen hatten die Forstgenossen die Versammlung, um selbst über das seit Wochen heiß diskutierte Angebot der Gesellschaft für die Aufbereitung und Verwertung von Reststoffen (GFR) zu informieren und ein Stimmungsbild der Mitglieder abzufragen.

„Eine reine Informationsveranstaltung. Die Abstimmung sollte lediglich eine Tendenz aufzeigen“, macht Werner Speer, Vorsitzender der Genossenschaft, auf NDZ-Nachfrage deutlich. Den Kreis der geladenen Teilnehmer hatte der Vorstand beschränkt, um in Ruhe über Vorteile und Bedenken sprechen zu können – bei öffentlichen Veranstaltungen waren Mitglieder der Forstgenossenschaft in den vergangenen Wochen von Gegnern der Deponiepläne scharf, teilweise persönlich verbal angegangen

worden.

„Von den 42 anwesenden Mitgliedern hat sich die Mehrheit gegen die Annahme des GFR-Angebotes ausgesprochen“, berichtet Speer. Mehr als eine Tendenz liefert diese Abstimmung jedoch nicht, denn der Genossenschaft gehören 76 Mitglieder an – und die entscheidende Abstimmung wird nach Anteilen, nicht nach Mitgliedern ausgerechnet. Fünf, sechs oder gar zehn Anteile können Mitglieder vertreten, lediglich die Kirche Bakede (20 Anteile) und das Kloster Loccum (30 Anteile) haben größere Anteile.

Eine Entscheidung erwartet der Vorsitzende in vier bis sechs Wochen – so lange will der Vorstand den Mitgliedern Gelegenheit geben, über die bei der Versammlung mitgeteilten Details nachzudenken und sich eine Meinung zu bilden. Ein Aspekt dabei dürfte auch die finanzielle Seite sein, erstmals seit Beginn der Diskussion um die Ascheinlagerung wurden Zahlen genannt: 90 000 Euro pro Jahr garantiert die GFR den Forstgenossen – selbst, wenn keine Asche eingelagert wird. Einen Euro pro Tonne Asche will die Gesellschaft zahlen, nach den bis-

lang genannten Werten könnten jährlich 200 000 bis 250 000 Euro auf das Konto der Forstgenossen fließen. „Für die Stadt würde das Gewerbesteuererinnahmen im fünfstelligen Bereich bedeuten“, so Speer.

Ein Umstand, ohne den vielen Forstgenossen die Entscheidung leichter fallen würde: Die Genossen müssen erst einen Pachtvertrag mit der GFR abschließen, bevor die Gesellschaft die Anträge stellen kann – und erst im Antragsverfahren werden Positionen von Behörden deutlich und Gutachten notwendig.